

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 16

Rubrik: Zusammenhänge

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zusammenhänge

Der südvietnamesische Präsident Thieu hat in einer staatsmännischen Rede der kommunistischen «Befreiungsfront» die gemeinsam kontrollierte Durchführung allgemeiner Wahlen in Südvietnam vorgeschlagen. Das ist der vorläufige Abschluss einer Serie von Vorschlägen, die die Friedensbereitschaft Saigons — und damit den Aggressionswillen Hanois — nachweisen. Wir nennen insbesondere

— am 31. März 1968 der bedingte Bombenstopp über Nordvietnam;

— im November 1968 der totale Bombenstopp;

— die Bereitschaft Thiens zu bedingungslosen Privatgesprächen mit der «Befreiungsfront» oder mit Hanoi;

— die Bereitschaft Saigons, die Delegierten der «Befreiungsfront» an die Pariser Verhandlungen zuzulassen;

— die fortgesetzte einseitige Deeskalation durch den begonnenen Rückzug amerikanischer Truppen.

Alle diese Massnahmen blieben ohne Antwort von Hanoi. Insbesondere haben Hanoi und die «Befreiungsfront» die kontrollierte Durchführung freier Wahlen in Südvietnam zurückgewiesen.

☛

Die Presse hat diesen Vorfall zwar kurz erwähnt, mit wenigen Ausnahmen aber kaum kommentiert. Nicht etwa deshalb, weil ein sol-

ches Verhalten von einem kommunistischen Verhandlungspartner eigentlich — auf Grund bisheriger Erfahrung — zu erwarten ist. Vielmehr, weil sich dieser Vorfall schlecht in das gegenwärtig vorherrschende Konzept der Linksanpassung fügt. Man stelle sich die Kommentare vor, hätte Saigon entsprechende Massnahmen Hanois oder der «Befreiungsfront» unbeantwortet gelassen! Etwa den Beginn des Rückzuges nordvietnamesischer Truppen aus Südvietnam, oder den Verzicht des Vietcong auf Angriffe gegen die Zivilbevölkerung, oder auch das Angebot auf Durchführung international kontrollierter Wahlen. Saigon wäre nicht geschont worden, wie Hanoi. Saigon steht nicht in der vorteilhaften Linksallianz, die sich auch in Westeuropas Presse so bemerkenswert auswirkt.

Die Entwicklung des Vietnamkonfliktes in den letzten Monaten erlaubt überdies einige wichtige Feststellungen:

— Der seit über einem Jahr anhaltende Bombenstopp ist unbehelflich geblieben, entgegen der so oft geäusserten Meinung der neuen europäischen Linken, wonach der Bombenstopp der wichtigste Schritt zum Frieden darstelle.

— Der Beginn des Abzuges amerikanischer Truppen ist von Hanoi nicht entsprechend beantwortet worden, entgegen der Meinung der europäischen Linken, wonach ein solcher Ab-

zug zum Verzicht auf den Vietcong-Terror führe.

— Nordvietnam ist auf das Angebot freier und überwachter Wahlen nicht eingetreten, entgegen der Meinung der neuen Linken, wonach solche Wahlen die Stärke Hanois und die Schwäche Saigons aufdecken würden.

— Damit wird klar: diese neue Linke hat entweder den Aggressionswillen Hanois unterschätzt oder unterstützt, entweder die Lage falsch beurteilt oder ein irgendwie prokommunistisches Glaubensbekenntnis getarnt und verbrämt.

Man ist, auf Grund dieser Entwicklung wie auch der Berichte aus Vietnam selbst, zu einigen wichtigen Folgerungen berechtigt:

— Saigon hat sich im nichtmilitärischen Konflikt als stärker erwiesen; es konnte weitreichende Konzessionen machen, ohne dass Hanoi wagt, auf diese Angebote einzutreten.

— In der administrativ-wirtschaftlichen Kaderausbildung und im Wirtschaftsaufbau hat der Süden den Norden überflügelt.

— Die Kampfkraft der südvietnamesischen Armee ist soweit gestiegen, dass die USA bis Ende 1970 unbeschadet 200 000 bis 300 000 Mann abziehen können.

— Die einzige Hoffnung Hanois bleiben die westlichen Vertreter einer Verzichtspolitik, die mittelbar Südvietnam dem kommunistischen Norden zuspiesen möchten. *Peter Sager*

st und West im Weltraumrecht

(Fortsetzung von Seite 5)

Die USA und zwei weitere Staaten ihre Ratifikationsurkunden hinterlegt haben; Depositäre sind die obengenannten Grossmächte; es genügt, wenn die Unterzeichnung und Hinterlegung der Ratifikationsurkunde bei einer Grossmacht erfolgt (Artikel 14—17).

Die richtigen Fragen wie die nach einer Definition des Begriffs der friedlichen Nutzung oder nach der höhenmässigen Abgrenzung zwischen Luft- und Weltraum wurden ausgeklammert. So dauerte Generalsekretär U Thant anlässlich der Abstimmung über den Kosmosvertrag in der Generalversammlung, dass sich der Vertrag nur auf Kernwaffen bezieht und die sonstige militärische Aktivität im Weltraum nicht berührt. Der französische UNO-Botschafter Seydoux berichtete bei den Beratungen im Politischen Ausschuss, dass Schwierigkeiten entstehen könnten, wenn der juristische Unterausschuss nicht die Grenze zwischen Weltraum und Atmosphäre definieren würde. Trotz dieses Kommisscharakters öffnet der Vertrag den Weg für internationale Zusammenarbeit bei der Erforschung des Weltraumes.

Dem Weltraumausschuss wurde durch die Resolution A/2222 (XXI) aufgegeben, die Arbeit an den Verträgen über Haftungsfragen und über Hilfeleistungen fortzusetzen und mit dem Studium jener Fragen zu beginnen, die mit der Definition des Weltraumes und seiner Nutzung abschliesslich der Nachrichtenübermittlung in Zusammenhang stehen.

Am 10. Oktober 1967 fand in Washington, London und Moskau die Hinterlegung der Ratifikationsurkunden für den Weltraumvertrag statt. Der Vertrag ist damit formell in Kraft getreten. Präsident Johnson feierte den Anlass als Rechtfertigung der Hoffnung auf friedliche Zusammenarbeit zwischen allen Ländern, und erneuerte sein früheres Angebot an die UdSSR auf Zusammenarbeit in der Erforschung des Weltraums. «Seit dem ersten Sputnik vor zehn Jahren», so sagte er, «lagen wir im Weltraumwettbewerb, und wir haben dabei viel erreicht, aber auch viel Energie verschwendet. Das nächste Jahrzehnt sollte in wachsendem Masse eine Partnerschaft nicht nur zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten, sondern zwischen allen Ländern der Erde zeitigen.» Johnson nannte den Vertrag ein «permanentes Abrüstungsprogramm für den Weltraum», und Sir Patrick Dean, der Botschafter Grossbritanniens, pries ihn als eine «Ausdehnung der Herrschaft des Völkerrechts». Sowjetbotschafter Dobrynin begrüßte die Uebereinkunft als Garanten des Friedens im Weltraum, was angesichts «nahe bevorstehender, atemberaubender Errungenschaften im Weltraum» von besonderer Bedeutung sei.

Die sowjetische Weltraumbombe

Am 3. November 1967 überraschte der US-Verteidigungsminister McNamara die Welt mit der Erklärung, dass die UdSSR an der Entwicklung einer neuen Weltraumwaffe arbeite, die 1968 einsatzbereit sein könne. McNamara sagte, die USA hätten festgestellt, dass die UdSSR eine

Reihe spezieller Versuche über den Wiedereintritt von Raumflugkörpern in die Erdatmosphäre durchgeführt habe. Dies lasse darauf schliessen, dass sie möglicherweise ein auf einer Teilumlaufbahn basierendes Bombensystem (Fractional Orbital Bombardment System, FOBS) entwickle.

Auf die Frage, ob die neuen sowjetischen Weltraumbomben, die aus einer niedrigen Kreisbahn um die Erde abgeschossen werden können, nicht den sowjetisch-amerikanischen Vertrag über die Demilitarisierung des Weltraumes verletzen, erklärte McNamara, dies sei deshalb nicht der Fall, weil die Weltraumbombe nur eine Teilumrundung der Erde vollziehe. Man kann aus dieser höchst problematischen Antwort nur den einen Schluss ziehen, dass der Vorwurf der Vertragsverletzung also für den apokalyptischen Fall eines vorsorglichen Ueberraschungsschlags reserviert bleibe.

Die Drohung mit einer sowjetischen Weltraumwaffe oder Superwaffe ist allerdings nicht 1967, sondern am 22. Februar 1966 publik gemacht worden. Marschall M. W. Sacharow, Generalstabschef der Sowjetarmee, erklärte an diesem Tag:

«Unsere Streitkräfte sind so mächtig, dass sie jeden Gegner binnen kürzester Frist von der Erdoberfläche hinwegfegen können. (Erinnert an Hitlers Drohungen mit «Ausradiern» — MC.) Grundlage dieser phantastischen Stärke stellt eine neue Waffe mit unvergleichlicher Schlagkraft dar. Eben diese Waffe ist ständig einsatzbereit, entsprechend der Forderung unserer Kommunistischen Partei, die sich aus der schwie-